

2. Blochers ‚Neue Mitte‘ und die Radikalisierung des Zürcher Flügels: Von der klientelistischen Bauern- und Gewerbepartei zur neukonservativen Catch-All-Partei

Ehe ich die Funktionsweise des SVP-Populismus anhand der vier ausgewählten Kernereignissen detailliert untersuche, rekonstruiere ich zunächst den parteiinternen Richtungsstreit zwischen dem gemäßigten Berner Flügel der SVP und dem radikalen Zürcher Flügel als hegemonialen Kampf um die Desartikulation-Reartikulation der identitätsstiftenden Signifikanten ‚Mitte‘ und ‚Mittelstand‘ (3.1). Im Anschluss werde ich zeigen, wie Christoph Blocher und andere Exponenten der SVP diesen traditionellen Identifikationsbegriffen der SVP neue politische Konturen verliehen (3.2).¹ Die parteiinterne Auseinandersetzung um die Fixierung der Signifikanten ‚Mitte‘ und ‚Mittelstand‘, so die grundlegende These der beiden Unterkapitel, kann als Pilotprojekt eines expansiven populistischen Diskurses verstanden werden, der in den 1990er Jahren einen „phänomenalen Spagat“ vollführt, indem „er [...] eine „patriotisch-nationalkonservative Haltung mit einem dezidiert neoliberalen Deregulierungskurs“² verbindet. Die Kompositionslogik dieser Artikulation werde ich hegemonietheoretisch entschlüsseln. Ich möchte zeigen, inwiefern die erfolgreiche Dekonstruktion-Rekonstruktion der

1 Dieses Kapitel stützt sich insbesondere auf die Quellenarbeit der Historiker Hans Hartmann und Franz Horvath, die sie in ihrer Monographie „Die Erfolgsstory der Zürcher SVP“ (1995) darlegen. Zur Persistenz und Wirkmächtigkeit der Mittelstandsideologie vgl. Skenderovic 2013.

2 Buomberger 2004: 210.

Begriffe ‚Mitte‘ und ‚Mittelstand‘ die Voraussetzung für die Verknüpfung des konservativ-ständischen Parteiprofils mit neoliberalen Forderungen nach Steuer-senkungen und Bürokratieabbau darstellt. Dabei soll unterstrichen werden, dass die Repräsentation der ‚Neuen Mitte‘ auf die Konstruktion und Aktualisierung eines Antagonismus zu einem hybriden Anderen angewiesen ist, dessen interne Kohärenz in erster Linie durch den Knotenpunkt des ‚kriminellen Ausländers‘ imaginiert wird.

2.1 DIE PIONIERPHASE DES SVP-POPULISMUS: DIE ZÜRCHER ANTWORT AUF DIE KRISE DER SVP

Der politische Richtungsstreit zwischen dem hegemonialen Berner Parteiflügel und den Herausforderern aus Zürich entstand im Kontext der Krise, in welche die SVP im Verlauf der 1970er Jahre geraten war. Bereits bei den Nationalrats-wahlen von 1971 hatte die Partei einen historischen Tiefstand von elf Prozent er-reicht; vier Jahre danach büßte sie weitere Stimmen ein und fiel unter die zehn Prozentmarke. Durch den Bedeutungsverlust der kleinbäuerlichen, traditionellen Landwirtschaft war ihre Stammwählerschaft geschwunden. Bei der wichtigsten Wählergruppe der Arbeitnehmer/innen war die Partei deutlich unterrepräsentiert.

Die Krise ließ sich jedoch nicht allein auf sozialstrukturelle Transformatio-nen zurückführen; die ehemalige BGB, die in den Nachkriegsjahren trotz ihres relativ geringen Wähleranteils das nationale Sendungsbewusstsein der Bauern kultivierte, war auch in ideologischer Hinsicht in die Defensive geraten. Der Strukturwandel stellte das politische Selbstbewusstsein der Partei zur Dispositi-on. Die Stilisierung eines bodenständigen, „traditions- und naturverbundenen“ Bauernstandes als Garanten eines „gesunden Volkes“, das von „entwurzelten Asphaltmenschen“ und dem „eitlen Flitterkram“ der Städter bedroht werde, mit welcher der bedeutende BGB-Ideologe Kurt Guggisberg in seiner Programm-schrift *Grundzüge des mittelständischen Denkens* im Jahr 1961 operierte, hafte-n zu Beginn der 1970er Jahre anachronistische Züge an.³ Die Beschwörungen des „Authentischen, Ländlichen und Bodenständigen“⁴ und die rhetorischen Reminiszenzen an das Bäuerliche als „Archetyp des Schweizerischen“⁵, auf den-nen das Selbstvertrauen und die hegemonialen Ansprüche des Bauern- und Ge-

3 Guggisberg, zit. in: Skenderovic 2013: 59.

4 Skenderovic 2013: 69.

5 Scheidegger 2012: 138.

werbestandes einst gründeten, wirkten in einer modernen, urban und suburban geprägten Schweiz als folkloristisches, anachronistisches und nicht-politikfähiges Relikt. Die traditionelle Ausrichtung der BGB hatte keine Zukunft.

Zu diesem Ergebnis kamen nicht nur parteiexterne politische Beobachter, sondern auch die SVP selbst.⁶ Eine Arbeitsgruppe, die von dem damaligen Generalsekretär Peter Schmid ins Leben gerufen und von Parteipräsidenten Fritz Hofmann geleitet wurde, forderte, die SVP müsse sich von einer klientelistisch orientierten „Standespartei zu einer geistig wie personell breit gefächerten Volkspartei wandeln“⁷. Dieser Empfehlung folgte die nationale Delegiertenversammlung im „Aktionsprogramm ’79“.⁸ Unter der Führung der traditionell starken Berner und Bündner Kantonssektionen beschloss die SVP Schweiz, mit der ständisch-klientelistischen Tradition zu brechen, um sich zur Arbeitnehmerseite hin zu öffnen und sich auf „ein breites, alle Interessengruppierungen umfassendes Spektrum“⁹ auszudehnen. Nach dem Willen der Delegierten würde sich die SVP in Zukunft an „Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Mieter und Vermieter, Junge und Betagte, Protestanten und Katholiken, Arbeiter und Akademiker, also Frauen und Männer aller Altersgruppen und Einkommensklassen“¹⁰ wenden. Die Partei sollte sich in der Mitte des politischen Spektrums positionieren und als integrative Catch-All-Partei agieren.

Programmatisch orientierten sich die Reformer am sozialliberalen Zeitgeist der 70er Jahre. Hofmann sprach von einer „sozialverpflichteten Marktwirtschaft“¹¹. Mit dem Ziel, sich responsiv gegenüber den postmateriellen Forderungen der 1970er Jahre zu verhalten, thematisierte die Partei neue Politikfelder wie Menschenrechte, Umwelt- und Verbraucherschutz.¹² So wurde unter anderem beschlossen, sich in Zukunft für eine verbesserte Bankenaufsicht, eine „menschliche Ausländerpolitik“, eine Neufinanzierung der AHV sowie für „den stufenweisen Abbau der Höchstarbeitszeit und der Erweiterung der minimalen Ferienansprüche“ einzusetzen.¹³ Die neugegründete SVP sollte sich als progressive, ar-

6 Vgl. Hartmann/Horvath 1995: 40.

7 Hofmann, zit. in: ebd.: 41.

8 Ebd.: 41.

9 Reichling 1979, zit. in: Hartmann/Horvath 1995: 42.

10 [o.A.] Zürcher Bauer vom 28.9.1971, zit. in: Skenderovic 2013: 62.

11 Hofmann, zit. in: Somm 2009: 220.

12 Vgl. SVP-Aktionsprogramm 1979, zit. in: Skenderovic 2013: 62.

13 [o.A.] Die Mitte 6/1997 und [o.A.] Die Mitte 49/1977, zit. in: Hartmann/Horvath 1995: 41f.

beitnehmerfreundliche und sozialverantwortliche Alternative zur FDP profilieren.

Die programmatische Erneuerung sollte jedoch ein Projekt der nationalen Parteiführung bleiben. Viele Kantonssektionen und insbesondere die Mitglieder an der Basis begegneten den Reformen mit Zurückhaltung und Skepsis.¹⁴ Auf manifeste Gegenwehr stießen die Ideen der Parteizentrale aber vor allem im Kanton Zürich. Mit dem von der Bundespartei eingeschlagenen Modernisierungskurs positionierte sich die SVP aus Sicht der Zürcher Kantonssektion viel zu weit links.¹⁵ Bereits 1977 hatte die Zürcher SVP mit Christoph Blocher einen erfolgreichen Industrieunternehmer zu ihrem Präsidenten gewählt, der im Unterschied zu seinem Gegenkandidaten Hans Frei die sozialliberale Neuausrichtung der SVP Schweiz ablehnte. Während alle Parteien in die Mitte rückten, sollte die Zürcher SVP unter Blochers Führung rechts der drei anderen Bundesratsparteien politisieren. Mit dem Ziel, neue gesellschaftliche Milieus zu erschließen und den nationalen Repräsentationsanspruch der BGB zu erneuern, verpflichtete Blocher seine Partei auf den Kampf gegen den sozialliberalen Parteienkonsens und die ‚politische Klasse‘.

Bereits in seiner Antrittsrede stellte der neue Zürcher Kantonalpräsident klar, dass er die Krise auf andere Weise kurieren wollte als die nationale Führungsriege. Eine Partei, so Blocher, werde immer an der Qualität ihres „Ideengutes“ bemessen. Es käme darauf an, dass die SVP sich mit ihrem „Gedankengut“ „hin-auswage ins Volk“ und es „offen, ehrlich und glaubwürdig“ vertrete.¹⁶ Eine erste vehemente Attacke auf die nationale Parteiführung erfolgte Ende des Jahres, als Blocher in der Parteizeitung *Die Mitte* auf sein erstes Jahr als Präsident der Zürcher SVP zurückblickte. Die „kopflose Flucht nach vorne“ der Parteiführung und ihr „schief geratenes Programm“ gefährde die tief verankerten, „soliden Grundsätze“ – „Freiheit zur individuellen Entwicklung, Wirtschaft als Grundlage für materielle Sicherheit, staatliche Unabhängigkeit“ – und damit ausgerechnet jene Prinzipien, für die die eigene Partei eigentlich stehe.¹⁷ Während er in „unserem Volke“ den Willen zur „Umkehr“ ausmachte, beschuldigte er die eigene Parteispitze, mit dem Sozialliberalismus zu paktieren, dessen Ziele und Annahmen der SVP und der Schweiz gleichermaßen fremd seien.¹⁸

14 Vgl. ebd.: 42f.

15 Vgl. ebd.: 43.

16 Blocher 1977, zit. in: Skenderovic 2013: 63.

17 Blocher 1977, zit. in: Hofmann/Horvath 1995: 52.

18 Ebd.

Bereits diese frühe Intervention Blochers wird durch drei Topoi strukturiert, die für den gegenhegemonialen Befreiungsmythos des Zürcher Flügels prägend werden sollten.¹⁹ Die Geschichte handelt von einem selbstgenügsamen, unterprivilegierten ‚Volk‘, das über Jahrzehnte einer orientierungslosen, hinterhältigen sozialliberalen politischen Klasse untergeordnet war, sich nun aber, wo die Entfremdung von Bürgern und politischen Repräsentanten ein ungekanntes Ausmaß erreicht hat (*Dekadenz*) und die Gemeinschaft und ihre Werte durch feindliche Mächte im Außen und Innen bedroht werden (*Apokalypse*), unter der Führung einer wahren, führungsstarken Elite (*Heroismus*) als politische Bewegung zusammenschließt. Es bekämpft seine Unterdrücker und verwirklicht seine Prosperität und Eigenständigkeit in einer anderen, vermeintlich ursprünglichen und authentischen Ordnung. Die durch die Trias „Dekadenz, Apokalypse und Heroismus“²⁰ strukturierte Dramaturgie entfaltet ein missionarisches Weltbild und evoziert eine eschatologische Sehnsucht nach der „Wiederkehr einer verjüngten, heilen Welt“²¹ – einer vollen, inhaltlich jedoch vagen *Heartland*-Gemeinschaft, die frei von inneren Antagonismen sei.

Im Kontext dieses Befreiungs- und Erlösungsmythos entfaltet der von Blocher geführte Begriff der ‚Umkehr‘ seine spezifische Bedeutung. Im Unterschied zu Schwarzenbach favorisierte die Zürcher-SVP weder eine antimoderne Politik der Reaktion – weswegen die in Anschlag gebrachte ‚Umkehr‘ auch nicht als Rückkehr zu vorindustriellen Lebensformen missverstanden werden darf, noch plädierte sie für ein Festhalten an der ständischen Klientelpolitik der Vergangenheit. Dem Zürcher Flügel war bewusst, dass man durch eine im engen Sinn konservative Idee von Umkehr die Gefahr der ständischen Isolation nicht abwenden können würde. Folglich stimmte man mit der Analyse der nationalen Parteiführung überein: Wenn die SVP nicht untergehen wolle, müsse sie sich zur Mitte öffnen und neue Wählerschichten ansprechen. Indes hatten die radikalen Zürcher/innen um Blocher von Beginn an eine andere Mitte im Sinn. Sie wollten die SVP nicht im Herzen der Konkordanz, als programmatischen Brückenkopf zwischen liberaler und sozialdemokratischer Ordnungspolitik sehen, sondern als wirtschaftspolitisch liberal, kultur- und sicherheitspolitisch jedoch konservativ orientierte Volkspartei etablieren, die gegen die Hegemonie des Sozialliberalismus politisiert. Wohingegen die nationale Parteiführung der Gefahr der ständischen Isolation entgegenwirken wollte, indem sie sich in der Mitte eines gegebenen politischen Raums positioniert, schärfte der radikale Flügel um Blocher das

19 Exemplarisch für diesen Mythos vgl. Blocher 2002.

20 Lenk 2005: 50.

21 Ebd.: 56.

liberal-konservative Profil der Partei, um nicht länger als ergänzende, sondern als alternative bürgerliche Kraft wahrgenommen zu werden. Die Partei sollte auf möglichst vielen Politikfeldern gegen den sozialliberalen Kompromiss der Bundesratsparteien politisieren, wozu der ständisch-konservativen Ideologie der Partei neue politische Forderungen einverleibt werden mussten.

Folglich übernahm Blocher im Unterschied zur Parteiführung weder den landläufigen, sozioökonomischen Begriff der gesellschaftlichen Mitte im Sinne der sozialen Schicht mit mittleren Einkommen noch den Begriff der politischen Mitte im Sinne einer moderaten Position, die von sich behauptete, die weltanschaulichen Gegensätze zwischen links und rechts miteinander zu versöhnen. Stattdessen greift Blocher im Vorfeld der Kantons- und Regierungsratswahlen von 1979 einen „ideologischen“ Mittelstandsbegriff auf, der sich nach eigenem Bekunden nicht vom Einkommen her begrenzen ließe, sondern „weit über den materiellen Bereich“²² hinausreiche.²³ Während sich die nationale Parteiführung im Zuge der programmatischen Neuausrichtung also dafür entschied, den ständischen Mittelstandsbegriff zugunsten eines politischen Mittebegriffs zu verwerfen,²⁴ sollte die Hegemonisierung des Mittelstandsbegriffs dem Zürcher Flügel gestatten, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Partei zu synchronisieren.

Mit diesem Ziel artikulierten Blocher & Co den zentralen Identifikationsbegriff der BGB mit einer neoliberalen Reformideologie. Der Mittelstandsbegriff wurde resignifiziert, indem er mit dem „werkstätigen Volk“²⁵ und der „Einstellung zum freien demokratischen Staate“²⁶ verbunden wurde. Alle Bürger/innen, die „von ihrer tagtäglichen Arbeit leben“ und sich „zum Grundsatz der Eigenverantwortung, der persönlichen Initiative und des Selbstbehauptungswillens bekennen und die nicht alles Heil vom Staat erwarten“, subsumierte Blocher unter dem Mittelstandskonzept.²⁷ Entscheidend für die sozialtransformative Wirkung des Begriffs ist, dass der einschlägige Wir-Sie-Gegensatz nicht als materieller Interessenkonflikt, sondern als „diffuse“²⁸ ethisch-moralische Positionsdifferenz *geframed* wird. Blochers Mittelstand handelt als prinzipientreue Willensgemeinschaft, deren politische Überzeugungen die Partikularinteressen eines bloß durch

22 Blocher 1979, zit. in: Hartmann/Horvath 1995: 60.

23 Zur Bedeutung der Mittelstandsideologie in der Pionierphase des Zürcher Flügels vgl. Jost 2007: insb. 37.

24 Vgl. Hartmann/Horvath 1995: 55.

25 Blocher 1979, zit. in: Hartmann/Horvath 1995: 55.

26 Bolliger [o.J.], zit. in: ebd.: 59.

27 Blocher 1979, zit. in: ebd.: 55.

28 Jost 2007: 37.

gemeinsame Klassen- oder Schichteninteressen geeinten Kollektivs transzendieren. Dass die Leistungsbereiten ihr Eigentum gegen den wohlfahrtsstaatlichen „Raubzug auf das persönliche Eigentum“²⁹ verteidigen möchten, ist daher auch nicht Ausdruck eines egoistischen Eigeninteresses, sondern grundlegender, politisch-ideologischer Natur.

Anstelle der sozioökonomischen Gruppendifferenzierung und des Paradigmas des Interessenkonfliktes, welche die nationale Parteileitung mit dem sozial-liberalen Projekt der Öffnung zur Arbeitnehmerseite hin aktualisiert, postuliert Blochers Neuaufgabe der Mittelstandsideologie ein binäres Ordnungsmodell, das eine eigenverantwortliche, genügsame und autochthone Wir-Gruppe von einer parasitären, unersättlichen und fremden Sie-Gruppe unterscheidet und alle Konfliktlinien, die dieses Schema unterlaufen, in einfache Differenzen der einen oder der anderen Gruppe zu transformieren vermag. Wohingegen der moderate Berner Diskurs eine politische Mitte anruft, die sich zwischen dem Sozialismus der SP und dem Liberalismus der FDP positioniert, handelt es sich im Diskurs der Zürcher keineswegs um eine empirische Bezugsgruppe, die sich als ein Mittelwert der Summe gegebener politischer Präferenzen ermitteln ließe. Die von Blocher aktualisierte Mittelstandsideologie stilisiert den Mittelstand zum vitalen Teil einer Gesellschaft, die am expansiven Parasitismus der ‚politischen Klasse‘ und ihrer sozial bedürftigen Klientel krankt. Sie verleiht ihm ein ideologisches Rückgrat, das ihn nicht nur von der sozialliberalen Wirtschafts-, Sozial-, Kultur- und Bildungspolitik des Bundesrates und der Berner Parteiführung dissoziiert, sondern auch die konkordanzdemokratisch integrierte Differenzordnung sprengen sollte.

In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass die Vagheit des Mittelstandsbegriffs weder als Zeichen ideologischer Unreife noch als Ausdruck blanken Opportunismus missverstanden werden darf, sondern die *conditio sine qua non* des expandierenden Universalismus des politischen Projekts ist. Die Leere bedingt die Extension der Äquivalenz. Denn nur wenn der identitätsstiftende Begriff sich entleert, kann er neue Forderungen absorbieren und die differenten Milieus, die die Zürcher SVP für sich zu gewinnen versucht, symbolisch vereinen.

Exemplarisch illustrieren lässt sich die Artikulation dieses leeren Identifikationsbegriffs anhand der Jubiläumsfeier „60 Jahre SVP“, zu der die Zürcher Sektion im Vorfeld der Nationalratswahlen von 1979 anlässlich des erstmaligen Einzugs von Zürcher Bauernparlamentariern in den Nationalrat im Jahr 1919 einlud.³⁰ In den Feierlichkeiten verdichtet sich die hegemoniale Strategie, die

29 Blocher 1997c.

30 Vgl. Hartmann/Horvath 1995: 56f.

der Kantonssektion erlaubt, die ständische Parteitradition und die vorangetriebene neoliberale Profilierung im Rahmen einer neukonservativen politischen Ideologie zu vernähen.

Der Festzug ruft zunächst historische Motive auf. Der Umzug wird von einer Reitertruppe mit Bezirksstandarten angeführt. Man trifft sich am Wehrmännerdenkmal auf der Forch und erinnert damit die Zürcher Soldaten, die während des Ersten Weltkrieges für die Schweiz ihr Leben ließen. Ort und Inszenierung stellen die Zürcher SVP in die Tradition der militärischen und geistigen Wehrhaftigkeit der Schweiz.³¹ Blochers Festrede führt diese Tradition und die gegenwärtige politische Positionierung der Partei zusammen. Blocher beginnt mit einer Rekonstruktion der Gründungsphase der BGB. Um 1900 habe sich der Mittelstand durch die voranschreitende Technisierungs- und Industrialisierungsprozesse wirtschaftlich, kulturell und politisch in einer Krise befunden. Die etablierten politischen Kräfte hätten seine Interessen nicht mehr ausreichend repräsentiert, weswegen Bauern und Gewerbetreibende beschlossen hätten, eine eigene Partei zu gründen. Zu dieser Partei habe sich in den zwanziger Jahren „weiteres mittelständisch denkendes Volk“ gesellt, um die „linksextreme Flut“ abzuwehren. Die junge BGB, deren Flugblätter aus dem Wahlkampf von 1919 man auch heute noch „fast unverändert“ verwenden könne, sei in der Folge „zur entscheidenden Stütze der Staatsordnung überhaupt“ aufgestiegen. Sie hätte die „Gratwanderung zwischen sozialistischer Verstaatlichung und ungehemmtem Laisser-faire des Liberalismus“ gemeistert und sei von Beginn an – hier zitiert Blocher eine Parteischrift aus dem Jahr 1920 – mitten im „arbeitssamen, sittlich starken Zürcher Volk“ gestanden. Dank dieses, „fundierte[n] ideologischen Unterbaus“, schließt Blocher, sei es der SVP in den vergangenen Jahren gelungen, sich von den Verbänden zu emanzipieren und neue Wählerschichten anzusprechen.³²

Blochers ‚kleine Geschichte der SVP‘ verleiht dem von ihm favorisierten politischen Kurs historische Kontinuität. Dabei erscheint das ideologische Erbe der Mittelstandspartei keineswegs als Bürde oder als Hindernis für eine überfällige sozialliberale Modernisierung, sondern als historisch gewachsene Basis politischer Erfolge. Den Mittelstand, den die Partei traditionell zu repräsentieren beansprucht, stellt Blocher in eine dezidiert antisozialistische Traditionslinie und rückt damit den Antikommunismus der BGB in den Vordergrund. Die historische Zusammenkunft des „mittelständisch denkenden Volkes“, von der Blocher

31 Zur Idee der geistigen Landesverteidigung vgl. Jorio 2006 sowie das Streitgespräch zwischen dem Historiker Hans-Ulrich Jost und dem Soziologen Kurt Imhof (1998).

32 Die Zitate des Abschnitts entstammen [o.A.] Die Mitte 37/1979, zit. in: Hartmann/Horvath 1995: 56f.

berichtet, ereignet sich vor dem Hintergrund einer sozialistischen Bedrohung, die metaphorisch als „linksextreme Flut“ vorgestellt wird. Die Flutmetaphorik präsentiert den politischen Gegner als übermächtige, nicht-menschliche und fremde Kraft, die ein wohlgeordnetes Innen, das tüchtige „Zürcher Volk“ und die „Staatsordnung überhaupt“, bedroht.³³ Die Metapher imaginiert ein kriegsähnliches Bedrohungsszenario. Sie verknüpft Blochers Erzählung mit dem *Redoute*-Mythos und aktualisiert die Vorstellung, die Schweiz sei von Feinden umstellt und verdanke ihre politische Unabhängigkeit ihrer militärischen und geistigen Wehrhaftigkeit. Blocher fixiert die Identität der eigenen politischen Ordnung nicht nur als eine gegen den Sozialismus errichtete. Er stilisiert den Mittelstand und seine politischen Stellvertreter zur ‚konservativen Avantgarde‘ des nationalen Kollektivs. Als politischer Arm des Mittelstandes erweist sich die frühe BGB – und nicht etwa die beiden großen bürgerlichen Parteien FDP und CVP – als die eigentlich staatstragende politische Kraft.

Blocher knüpft damit an den nationalen Repräsentationsanspruch des Bauern- und Gewerbestandes an, der im Selbstverständnis des BGB tief verankert war.³⁴ Indem Blocher die antisozialistische Ausrichtung des BGB in den Vordergrund rückt und die etatistischen Forderungen, welche die Bauernpartei gegen den Marktliberalismus des Freisinns artikulierte, übergeht, synthetisiert er die Parteitradition und seine Zukunftsvision. Wie der BGB verpflichtet sich sein neukonservatives Sammlungsprojekt dem Kampf gegen den Sozialismus, den Blocher jedoch weniger mit dem proletarischen Internationalismus oder der Sowjetunion, sondern in erster Linie mit der EU, der Bürokratie, Steuererhöhungen und Zentralismus assoziieren wird. Unter Verweis auf einen transhistorischen sozialistischen Bedrohungskomplex wird das identitätsstiftende „Amalgam aus Mittelstand und Mitte, Volk und Nation“³⁵ in einem zukunftsorientierten, neoliberalen politischen Projekt reartikuliert werden.

Der Synthetisierung von Geschichte, Gegenwart und Zukunft in Blochers Jubiläumsrede liegt eine antagonistische Logik zugrunde. Konstitutiv für die Äquivalenzkette aus der neoliberalen Agenda der Zürcher SVP, dem traditionellen BGB und der nationalen politischen Gemeinschaft ist nicht etwa eine positive Gemeinsamkeit der artikulierten Traditionen, sondern die antagonistische Grenze gegenüber dem sozialistischen Außen. Der Ausschluss des bedrohlichen Anderen ermöglicht die Artikulation der Differenzen zu einer imaginären politi-

33 Ebd.

34 Vgl. Skenderovic 2013.

35 Skenderovic 2013: 69.

schen Einheit und begründet zugleich den hegemonialen Führungsanspruch der Zürcher SVP als antisozialistische Avantgarde des bürgerlichen Lagers.

Obwohl der Schwerpunkt von Blochers Narration auf der Abgrenzung zum Sozialismus und der Konstruktion einer antisozialistischen Äquivalenz von Tradition und Neoliberalismus liegt, rekonstruiert Blocher die Parteigeschichte als Geschichte eines zweifachen Antagonismus. ‚Blochers Mitte‘ identifiziert sich nicht nur in Abgrenzung zur „sozialistischen Verstaatlichung“, sondern auch zum „liberalen Laisser-faire“. Blocher verpflichtet die Partei damit auf die Fortführung der nationalkonservativen Mittelstandsideologie des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, aus der die Partei hervorgegangen sei. Er knüpft an die Ressentiments an, die der bäuerliche Nationalismus der BGB gegenüber urbanen und modernen Lebensformen kultivierte. Seine Rede erinnert an die nationalistische Tradition der BGB, die noch in der Nachkriegszeit sowohl das heimat- und besitzlose Proletariat als auch das dekadente, kosmopolitisch orientierte Großbürgertum als zersetzende, überfremdende Bedrohung der Schweiz besprach.³⁶

Blocher & Co befürworten jedoch nicht die estatistischen Forderungen nach „staats- und wirtschaftspolitischen Massnahmen“, welche die BGB als Kraft der Mitte gegen den Marktradikalismus des dominierenden Freisinns artikulierte, um „die inländische Arbeit und Produktion“ zu fördern und das „werkstätige Volk“ zu schützen.³⁷ Vielmehr werden sie die traditionelle, doppelte Frontstellung der Mittelstandspartei gegenüber den beiden internationalen Großideologien Liberalismus und Sozialismus in einer Weise reartikulieren, welche ‚die Mitte‘ vom sozialdemokratischen Ausbau des Wohlfahrtsstaates, einer sozialliberalen Sicherheitspolitik und einer kosmopolitisch ausgerichteten Kulturpolitik dissoziieren wird, wie sie Ende der 1970er Jahre nicht nur von der SP, der CVP und der FDP, sondern auch vom Berner Flügel der eigenen Partei favorisiert wurden.

Der gegenhegemoniale Diskurs, der mit der parteiinternen Auseinandersetzung um die Zukunft der kriselnden SVP und den Kämpfen um die Hegemonisierung der leeren Identifikationsbegriffe ‚Mitte‘ und ‚Mittelstand‘ ansetzt, wird indes nicht nur die SVP spalten, sondern das gesamte politische System in Frage stellen. Denn im Unterschied zur *affirmativen* politischen Strategie der Schweizer SVP, deren Mittebegriff die gegebene sozioökonomische Gruppendifferenzierung symbolisch aktualisiert, ist das politische Projekt der Zürcher Sektion *transformativ* ausgerichtet. Es zielt darauf, die gemäßigt pluralistische und konkordanzdemokratisch integrierte Struktur des politischen Raumes zu Gunsten eines dichotomen Freund-Feind-Modells zu suspendieren, indem es Differenzen

36 Vgl. Skenderovic 2013: 55 u. 57ff.; Tanner 2009.

37 BGB-Parteiprogramm 1943, zit. in Somm 2009: 213f.

aus vielfältigen politischen Kontroversen absorbiert und diese entweder als legitime Forderungen eines eigenverantwortlichen ‚Wir‘ oder als illegitime Ansprüche eines unzulänglichen ‚Sie‘ sinnhaft macht. Allein durch die antagonistische Grenzziehung gegenüber einer sozialliberalen politischen Klasse und vielfältigen ‚schmarotzenden‘ Randgruppen können sich unterschiedliche Lebensformen (Konservative und Neoliberale, Modernisierungsverlierer und -gewinner, Stadt- und Landbevölkerung, Arbeiter, Angestellte, Bauern, Selbstständige, Gewerbetreibende und Unternehmer) mit dem Phantasma eines kulturell und moralisch geeinten Mittelstandes identifizieren. Das Szenario erzeugt eine binär-antagonistisch strukturierte, hoch politisierte Zivilgesellschaft und unterhöhlt die Hegemonie des konkordanzdemokratisch-korporatistischen Paradigmas der politischen Schweiz.

Die ersten Tentativen dieser gegenhegemonialen Offensive lassen sich während des Wahlkampfes der Zürcher SVP zu den Kantons- und Regierungswahlen von 1979 beobachten. Mit der Devise „Mehr Menschlichkeit – weniger Bürokratie“ und unter der Losung, den „roten Sturm auf die Zürcher Regierungsbürg“ abzuwehren, kündigten Blocher & Co einen „aggressiven Wahlkampf“ an und brachen mit der kooperativen und klientelistischen Tradition der SVP.³⁸ In ihrer Wahlkampfzeitung präsentiert sich die Zürcher SVP als eine „Volkspartei“, die weder Klassen noch Klassengegensätze kenne, die „Volksmeinung und die Anliegen der breiten Bevölkerung“ vertrete und keineswegs von „Intellektuellen oder grossen Herren“ geführt werde, sondern von „Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die auf beiden Füßen im Alltag stehen“. Zudem sei sie eine „Bürgerpartei“, welche Vermögen und Eigentum als den zentralen bürgerlichen Werten vor der „Übermacht des Staates und gewisser Wirtschaftskreise“ schütze. Sie sei die „andere Arbeitnehmerpartei“, die Werktätige nicht als Proletariat, sondern als verantwortungsvolle Bürger handle. Sie sei eine „Dorfpartei“, die sich zu „Volkstümlichkeit“ bekenne und einer „bürgernahen Politik“ verpflichte. Sie sei die „Mittelstandspartei“, die sich für tiefe Steuern einsetze, um dem Mittelstand „in seinem Existenzkampf“ zu unterstützen. Schließlich sei man „die traditionelle Partei des Landvolkes“ und damit eine „grüne Partei“, die sich „seit mehr als einem halben Jahrhundert“ um die Umwelt und „die Interessen der Allgemeinheit“ kümmere.³⁹

Auch wenn die Selbstbeschreibungen der Partei hier lediglich enumerativen Charakter besitzen – und die Äquivalenz von Bürgertum, Volkstümlichkeit, Mit-

38 Blocher 1979, zit. in: Hartmann/Horvath 1994: 60; [o.A.] Die Mitte 13/1979, zit. in: ebd.

39 Vgl. SVP-Bezirksparteien Winterthur und Andelfingen [o.J.], zit. in: ebd.

telstand, Arbeitnehmerschaft, Ökologie und Gemeinwohl im Innen respektive Bürokratie, Wohlfahrtsstaatlichkeit und Intellektualismus im Außen noch nicht durch diskursive Topoi konsolidiert sind, kündigt diese Selbstbeschreibung bereits an, dass das traditionell vorherrschende klientelistische Repräsentationsverständnis innerhalb eines ständisch und religiös strukturierten Parteiensystems durch einen universellen Repräsentationsanspruch abgelöst wird. Der Mythos eines tief in der eidgenössisch-bäuerlichen Alltagskultur verwurzelten bürgerlich-republikanischen Egalitarismus, den die Partei durch den Antagonismus ‚Mitsbürger, die auf beiden Füßen im Alltag stehen‘ vs. ‚Intellektuelle bzw. grosse Herren‘ aufruft, wendet sich sowohl gegen die elitäre FDP und CVP, als auch gegen die „Chefideologen“⁴⁰ der SP. Er konstruiert eine vertikale Konfliktlinie, welche die ‚einfachen, integren Bürger‘ und die ‚abgehobene, moralisch korruptierte politische Klasse‘ voneinander separiert und ein integratives rechtes Sammlungsprojekts begründet.

Die Paradoxie zwischen der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der SVP, die das gewinnmaximierende Individuum aus seinen Verpflichtungen gegenüber der sozialstaatlich oktroyierten Solidargesellschaft befreien will, und ihrer konservativen Gesellschaftspolitik, die individuelle Emanzipation und Selbstverwirklichung der nationalen Schicksals- und Willensgemeinschaft unterordnen möchte, wird durch eine liberal-konservative Äquivalenz überbrückt. Diese Äquivalenz gründet ihrerseits auf der Frontstellung gegenüber einem machtvollen Außen, das sowohl die Individuen als auch die Gemeinschaft bedroht.⁴¹ Nur aufgrund der Präsenz dieses antagonistischen Anderen transformieren sich die potentiellen inneren Antagonismen der liberalkonservativen Äquivalenz in einfache Differenzen einer verhinderten mittelständischen Ganzheit. Damit adressiert die Reartikulation des Mittelstandsbegriffes die Erfahrung des Mangels, indem sie die Fülle einer Gemeinschaft von gleichgestellten, selbstverantwortlichen Bürgern und Bürgerinnen imaginiert, die durch ein Anderes blockiert sei.

Ende der 1970er Jahre sind entscheidende Weichen für die Desartikulation des konkordanzdemokratischen und multikulturalistischen Diskurses und die Errichtung einer neukonservativen Gegenhegemonie zum Sozialliberalismus gestellt. Doch handelt es sich bei der Wir-Gruppe des radikalen Zürcher Flügels bis hierhin um ein loses Kollektiv, dessen Selbstbeschreibungen, das zeigt etwa das oben paraphrasierte Wahlprogramm, eher einer listenartigen Enumeration als einer konsolidierten Äquivalenzkette gleicht.

40 Blocher 1979, zit. in: ebd.

41 Vgl. Hartmann/Horvath 1995: 90.

Die Artikulation der Identifikationsbegriffe ‚Mitte‘ und ‚Mittelstand‘ dokumentieren den universellen Repräsentationsanspruch der neukonservativen Zürcher SVP. Doch fehlt ihnen Ende der 1970er Jahre noch der gemeinsame politisch-weltanschauliche Rahmen, der sie integriert. Die Orientierung, die Blocher als Präsident der Zürcher SVP zu stiften versprach, geht der Kantonssektion noch ab. Sein ordnungspolitisches Hauptanliegen, die Wirtschaftsfreundlichkeit, ist keineswegs unumstritten.⁴² Umwelt- und familienpolitische Fragen drohen die Partei zu spalten.⁴³ Und Blochers strategische Positionierung gegenüber der Konkordanz stößt selbst in Zürich auf parteiinternen Widerstand. Immer wieder kommt es vor, dass Mitglieder der Kantonssektion öffentlich gegen Blochers Oppositionskurs polemisieren.⁴⁴

Auf der anderen Seite sind grundlegende Schritte getan. Mit der Intensivierung der Jugendarbeit und dem Zuwachs aus der Jungen SVP-Zürich ist der Grundstein gelegt, die Partei auch personell für gegenhegemoniale Zwecke umzubesetzen.⁴⁵ Die regelmäßig stattfindenden Diskussionsveranstaltungen erweisen sich ebenfalls als Erfolge. Sie stoßen auf hohes Interesse, verbreiten die ideologischen Aussagenkomplexe der Partei und lassen sie als bürgernahe Alternative zu einer elitären FDP und zu einer farblosen CVP erscheinen. Mit neugeschaffenen vereinsartigen Institutionen wie dem *SVP Töff-Club* (dem SVP-Motorradclub) oder den regelmäßig stattfindenden *SVP-Buure-Zmorge* (dem SVP-Bauern-Frühstück) verwandelte sich die Mitgliedschaft bei der Zürcher SVP in eine Lebensform, die nicht nur auf politisch-programmatische Übereinstimmungen gründet, sondern ein gemeinsames Leben, Arbeiten und Feiern der Mitglieder und Sympathisanten inszeniert.

Eine deutliche Mehrheit in der Zürcher Sektion der SVP glaubt an das Potential eines politischen Projektes, das die Forderung nach einem starken Sicherheits- und Ordnungsstaat mit neoliberalen Reformen wie der Beendigung des Arbeitsfriedens, der Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, sowie der Beschneidung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen zu Gunsten privater Vermögensbildung verbindet und diese Forderungen gegen den Berner Parteienkonsens wendet.⁴⁶ Aber von einem *historischen Block*, in dem eine fortschritts-

42 Ebd.: 104.

43 Für eine ausführliche Darstellung des Dissenses innerhalb der Kantonspartei vgl. ebd.: 134ff.

44 Vgl. ebd.: 143f.

45 Vgl. ebd.: 123ff.

46 Vgl. ebd.: 144.

zugewandte Wirtschaftsfreundlichkeit und ein volkstümlicher Nationalkonservatismus fusionieren, kann Ende der 1970er Jahre noch keine Rede sein.

2.2 DIE KONSTRUKTION EINER LIBERALKONSERVATIVEN ÄQUIVALENZ

Der Weg zur Verwirklichung dieser Kollektividentität und die politischen Auseinandersetzung an seinen kritischen Kreuzungspunkten werden im Folgenden nachgezeichnet. Den Ausgangspunkt bilden zwei Politikfelder, die der Zürcher Flügel besonders aktiv bearbeitet: die Wirtschafts- und Sozialpolitik, wo man einen protestantisches Arbeitsethos mit einer neoliberalen ordnungspolitischen Agenda artikuliert, um nach dem Vorbild Reagans und Thatchers⁴⁷ gegen Bürokratie, Etatismus und die postmaterielle Wachstumskritik der Neuen Sozialen Bewegungen zu politisieren; und die Asyl- und Sicherheitspolitik, die der nationalkonservative Diskurs als ein und dasselbe Politikfeld konstruiert. Auf diesem Feld zeichnet sich ab, dass die antagonistische Figur des ‚inkompatiblen Fremden‘, auf die ich später im Rahmen der Analyse der Minarett-Initiative detailliert eingehe, bereits Mitte der 1980er Jahre einen Knotenpunkt des SVP-Populismus konstituiert. In ihm verbinden sich ein neoliberaler und ein nationalkonservativer Diskursstrang zu einer populistischen Krisendiagnostik, die den beiden antagonistischen Polen eine Vielzahl weiterer Differenzen einzuverleiben vermag.

2.2.1 Neoliberalismus – die ordnungspolitische Offensive

Im Unterschied zum modernisierungskritischen Erzkonservatismus Schwarzenbachs⁴⁸, mit dem sich in den 1970er Jahren bedeutende Teile der SVP-Stammwähler identifizierten, formuliert die populistische Avantgarde der Zürcher-SVP keine allgemeine Kritik der Moderne. Schuld an gesellschaftlichen Krisenphänomenen sind aus Blochers Sicht keineswegs die durch die ökonomische Entwicklung induzierten Rationalisierungs-, Flexibilisierungs-, Individualisierungs- und Migrationsprozesse, die eine ursprüngliche schweizerische Identität ‚überfremdeten‘, sondern der hegemoniale Sozialliberalismus der 1970er Jah-

47 Vgl. Somm 2009: 44ff.

48 Vgl. Buomberger 2003; Buomberger 2004: 202 ff.; Drews 2005.

re, der die Menschen von der protestantischen Arbeits- und Pflichtethik entbinde und ihren ‚natürlichen Hang zur Bequemlichkeit‘ katalysiere.⁴⁹

„Der Mensch – nicht mehr durch Entbehrung und Verzicht herausgefordert – nahm vieles als selbstverständlich hin, wurde bequem und war nicht mehr bereit, seine vom Leben auferlegten Lasten und Nöte zu tragen. Er begann jede Mühsal abzuschütteln. Parallel dazu lief eine Säkularisierung sämtlicher Lebensbereiche: Arbeit war nicht mehr Lebensinhalt, sondern ein verdammenswertes Übel. Freizeit galt als Sinn des Lebens. Dieses Leben entpuppte sich aber bald als sinnentleert, was sofort in einen Wirtschaftshass umschlug.“⁵⁰

Wie Schwarzenbach rekonstruiert Blocher die Nachkriegsgeschichte der schweizerischen Gesellschaft als Geschichte von Dekadenz und Depravation. Seine Krisendiagnostik beginnt mit einer Art ‚Sündenfall‘. Der fatale Regelbruch besteht indes keineswegs in einem systemimmanenten Profitstreben und der damit verbundenen Anwerbung von geringverdienenden ‚Gastarbeitern‘, sondern im Ausbau des Sozialstaates, dessen Institutionen die negativen Eigenschaften des Menschen forcierten. Begleitet wird diese Entwicklung laut Blocher von einem säkularisierten Zeitgeist, der Arbeit, Verzicht und Anstrengung nicht als tieferen Sinn einer guten Lebensführung begreift, sondern als bloßes Mittel zur Qualitätssteigerung der Freizeit *entweiht*.

Blocher differenziert Schwarzenbachs umfassende Kritik am maßlosen Materialismus der Moderne, um die Idee des ökonomischen Fortschritts mit der Erzählung einer historisch gewachsenen Schweizer Identität zu versöhnen. Die Scharnierfunktion zwischen der konservativen Vergangenheits- und der neoliberalen Zukunftsorientierung übernimmt eine *protestantische Arbeitsethik*, die durch die Stichworte ‚Lasten und Nöte‘, ‚Mühsal‘, ‚Arbeit als Lebensinhalt‘ aufgerufen wird. Sie sakralisiert Bescheidenheit, Entsagung, Arbeit und Berufserfolg als Dienst für eine höhere Sache und diszipliniert eine an sich invariabel negative menschliche Natur zum Wohl der Gemeinschaft. Die sogenannten bürgerlichen Sekundärtugenden (wie etwa Disziplin, Fleiß, Strebsamkeit, Ordnungssinn, Folgsamkeit etc.), welche die Neue Linke für ethisch belanglos erklärt, erhalten damit eine tiefere Bedeutung für das Gemeinwohl.

Da die sozialliberale Bildungs- und Sozialpolitik diese sinn- und gemeinschaftsstiftenden Wissensbestände zugunsten der postmaterialistischen Wertori-

49 Diese Argumentation wird sich Jahre später in der metaphorischen Figur „des süßen Giftes des Sozialismus“ verdichten (exemplarisch vgl. SVP-Parteiprogramm 1999; Blocher 1999b u. 2006).

50 Blocher 1983, zit. in Hartmann/Horvath 1995: 106.

entierungen und Forderungen der Neuen Sozialen Bewegungen marginalisierte, ließen sich mit der Nobilitierung der Sekundärtugenden eine Gegenposition zum Sozialliberalismus formulieren. Die besagten bürgerlichen Sekundärtugenden, mit denen die klassen-, schichten- und milieuübergreifende Einheit des Volkes begründet wird, entfalten ihre politische Dimension erst, indem sie mit einem *parasitären Anderen* konfrontiert werden, das für die Depravation, Entfremdung und die Zersetzung der sittlichen Gemeinschaft verantwortlich ist. Auf Grundlage dieser komplexen Artikulation von Erwerbsarbeit und Moral stellt Blocher die Wirtschafts- und Wachstumskritik des politischen Gegners als „Krankheitserscheinung einer degenerierten Modernität“⁵¹ dar. Diese Diagnose leitet eine Krisenanalyse ein, die nicht das Weber'sche Motiv der Rationalisierung, sondern die sozialliberale Kultur-, Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik als Ursache einer gesellschaftlichen Krisensituation konstruiert. Blocher substituiert den im Diskurs von Schwarzenbach konstituierten Antagonismus von traditioneller Lebenswelt und zügellosem Wirtschaftswachstum durch den Antagonismus von Tradition und Sozialliberalismus. Die für den Diskurs der SVP zentrale Äquivalenz aus mittelständischer Tradition und neoliberaler Reformagenda gründet somit auf einem antagonistischen Anderen, das beide blockiert. Die so konstruierte Einheit aus kapitalistischer Moderne und schweizerischer Tradition, die im konservativen Überfremdungsdiskurs Schwarzenbachs noch als zentraler Widerspruch dargestellt worden war, sorgt dafür, dass die Kritik des sozialliberalen Wohlfahrtsstaates und der daran geknüpften Bürokratie, die die Zürcher SVP vorbereitet und nach der erfolgreichen Volksabstimmung über den Beitritt zum EWR wirkungsvoll lanciert, als Verteidigung eines ‚ursprünglichen, selbstgezügten Schweizervolkes‘ diskursiviert werden kann.

Auch wenn die politischen Konturen dieser Identität hier noch nicht deutlich hervortreten, lässt sich die oben zitierte Passage doch als frühes Kondensat der wirtschafts- und sozialpolitischen Ausrichtung des SVP Populismus lesen: Es wird ein binärer Antagonismus zwischen einem ‚historisch-gewachsenen, eigenverantwortlichen und gesunden Volk‘ und einem ‚nicht-lebensfähigen sozialliberalen Andern‘ konstruiert, das die staatlichen Institutionen kolonialisieren, um mit allerhand Gesetzen und Paragraphen die Verwirklichung der Prosperität des ‚Volkes‘ zu verhindern. Die skizzierte binäre ideologische Matrix wird durch die Metaphorik des Parasitären strukturiert. Dieses zentrale Deutungs- und Ordnungsschema des SVP Populismus kombiniert die beiden Dichotomien ‚nützlich/schädlich‘ und ‚eigen/fremd‘ und ordnet soziale Praktiken, politische Ideologien oder Gruppen von Menschen dem einen oder anderen Pol zu. Die Macht

51 Ebd.: 105.

der rhetorischen Figur besteht darin, dass ihr ein politisches Programm immanent ist: Denn die Metaphorik des Parasitären imaginiert die Beziehung zwischen ‚eigen‘ und ‚fremd‘ als primordialen Konflikt zwischen zwei gegensätzlichen, aber vollen und in sich homogenen Entitäten. Dabei unterscheidet sie nicht nur ein organisches, nützliches und gesundes Innen von einem fremden, für sich genommen nicht überlebensfähigen, infektiösen und daher bedrohlichen Außen, sondern auch das ‚gesunde Mark‘⁵² des politischen Körpers von seinen befallenen Arealen. Die Metapher koppelt das Überleben des politischen Gemeinwesens nicht mehr an die konkordanzdemokratische Absorption und Ausbalancierung interner Differenzen, sondern an die Immunisierung des politischen Körpers gegen nicht-zugehörige Feinde. Die neoliberale wirtschaftspolitische Agenda der Zürcher SVP erscheint infolgedessen nicht etwa als schmerzhafter, aber notwendiger Reformprozess, sondern als politisch gewollte *Befreiungsideologie* eines organischen Ganzen, das sich eines parasitären Fremden entledigen muss, um mit sich selbst identisch zu werden und eine vermeintlich originäre Fülle wiederzuerlangen.⁵³

2.2.2 Konservatismus – die sicherheitspolitische Offensive

Neben der Wirtschafts- und Sozialpolitik versuchte die Zürcher SVP, insbesondere auf den Politikfeldern Asyl, Sicherheit und Drogen politische Akzente zu setzen. Eine erste Gelegenheit, das politische Profil der Partei im Bereich ‚innere Sicherheit‘ zu schärfen, bot sich den Hardlinern, als die sogenannten Jugendunruhen zu Beginn der 1980er Jahre gewaltförmig eskalierten.⁵⁴ Nachdem sich die

52 So die Formulierung Christoph Blochers (1991) in einem zum Nationalfeiertag 1991 erschienen Artikel in der Schweizerzeit.

53 Reaktiviert wurde diese ideologische Figur beispielsweise in der ersten heftig umstrittenen Inseratenkampagne „Achtung vor dem rot-grünen Filz“ (vgl. Hartmann/Horvath 1995: 108), welche die Zürcher SVP im Vorfeld der Nationalratswahlen von 1991 schaltete. Vor dem Hintergrund der schwachen Konjunktur politisierte die Zürcher SVP damals mit der Angst vor Arbeitslosigkeit für ihre Deregulierungspolitik und gegen die staatszentrierte Linke, die die soziale Marktwirtschaft schrittweise in eine bürokratisch gelenkte Planwirtschaft überführe. Die einschlägige Abbildung zeigte eine rote und eine grüne Filzlaus, die sich zu Lasten des Wirtschaftsstandortes und des arbeitenden Volkes in einem aufgeblähten Staatsapparat eingenistet haben.

54 Vgl. Hartmann/Horvath 1995: 64; für eine kompakte Darstellung der Jugendunruhen vgl. Tackenberg 2011.

Kantonssektion in den ersten Wochen nach dem Zürcher ‚Opernhauskrawall‘ vom 30. Mai 1980 über die Deutung der Jugendunruhen keineswegs einig war, setzten sich im Spätsommer 1980 diejenigen durch, die in den bewegten Jugendlichen nicht harmlose „Klamaukgesellen“⁵⁵ mit unkonventionellen aber durchaus legitimen politischen Anliegen, sondern „Extremisten, Randalierer, Chaoten und Nihilisten“⁵⁶ sahen. Blocher erkannte im Autonomen Jugendzentrum von Zürich einen „Hort krimineller Elemente“⁵⁷. Der SVP-Regierungsrat Konrad Gisler sprach von „professionellen Krawallanten“⁵⁸ und assoziierte sie mit den italienischen Brigade Rosse. Sein Kollege Jakob Stucki identifizierte einen „harten Kern von Anarchisten“⁵⁹, der die gesamte Jugend in Misskredit brächte. Ein Jahr später konstruierten Kommentatoren der *Mitte* die Bewegung als Teil einer linksfaschistischen, international operierenden Terrorszene.⁶⁰

Bis hierhin könnte man denken, dass die Diskursivierung der Jugendunruhen von Seiten der Zürcher SVP allenfalls graduell von derjenigen des bürgerlichen Mainstreams abwich. Im Mittelpunkt der Kritik standen jedoch nicht nur die bewegten Jugendlichen. Die SVP war seit 1978 nicht mehr Teil der Stadtzürcher Regierung und nutzte die mit der Oppositionsrolle verbundene Freiheit, um der Regierung und allen voran der SP, die Elemente des Forderungskataloges der Protestierenden zu integrieren versuchte, die Verantwortung für die anhaltende Gewalt zuzuschreiben. Die Regierung sei nicht in der Lage, den „Schutz des Bürgers“ zu gewährleisten, sodass dieser „zur legalen Selbstverteidigung gezwungen werde“, bilanzierte Blocher und befürwortete die Forderung von Kleingewerblern, Bürgerwehren und Patrouillen zu gründen, um gegen die randalierenden Jugendlichen vorzugehen.⁶¹

Die Bedeutung, die der Diskurs der Zürcher SVP den Jugendunruhen verlieh, changiert zwischen ‚sinnloser Gewalt‘ als Ausdrucksmittel eines gewaltverherrlichendem Rowdytums, mit dem die überforderte Mitte-Links-Regierung nicht fertig wird, und zielgerichtetem linksextremistischem Terror, mit dem die SP insgeheim sympathisierte. Folglich erscheint die dialogorientierte, integrative Po-

55 So zum Beispiel der damalige Parteisekretär Rudolf Bolliger, der kurz darauf aus dem Amt schied und durch den radikalen PR-Mann Fredy Kradolfer ersetzt wurde. Vgl. [o.A.] Die Mitte 29/1980, zit. in: ebd.: 65.

56 Reichling 1980, zit. in: ebd.

57 Blocher 1980, zit. in: ebd.

58 Gisler 1980, zit. in: ebd.

59 Stucki 1981, zit. in: ebd.

60 Vgl. ebd. sowie: [o.A.] Die Mitte 27/1981 und 30/1981, zit. in: ebd.

61 Blocher 1980, zit. in: ebd.: 66.

litik der Stadtzürcher Regierung entweder als erpresster Beschwichtigungsversuch und damit als Zeichen von Hilflosigkeit und Schwäche oder aber als politische Kollaboration mit den ‚terroristischen‘ Feinden von Arbeit, Recht und Ordnung.

Zudem nutzte die Zürcher SVP die Unruhen, um das konservative Schema der Intellektuellenfeindlichkeit zu aktualisieren und gegen Studierende und Professoren zu polemisieren.⁶² Gisler forderte die zuständigen Behörden auf, „aus präventiven Gründen Wachsamkeit und Präsenz“⁶³ an der Universität zu zeigen. *Die Mitte* attackierte die „scheinheiligen Linksintellektuellen“, die offiziell für einen Dialog warben, in Wirklichkeit jedoch die geistige Vorhut der „Anarchofaschisten“⁶⁴ bildeten. Blocher machte insbesondere die Geistes- und Sozialwissenschaften verantwortlich für den Verfall von „Lebensbegriffen“ wie Elternschaft, Ehe, Familie und Arbeit. Ursächlich für die Probleme mit der Jugend sei das „Versagen der Theorien [...] von Soziologen und Psychologen“⁶⁵. Für den Vorstand der Zürcher SVP und die Delegiertenversammlung stand fest, dass der jugendlich-universitäre „Müßiggang früher oder später zwangsläufig in der Kriminalität oder im Rauschgift“⁶⁶ ende. Die Unruhen waren demnach nur die Spitze des Eisberges tieferliegender gesellschaftlicher Fehlentwicklungen, die als Folge der Auflösung traditioneller Bindungen verstanden wurden.

Parteintern diente die neukonservative Polemik gegen die Regierenden und die linksintellektuellen Deutungseliten der Legitimierung des von Blocher favorisierten Oppositionskurses. Nach außen konstituierte sie eine antagonistischen Frontlinie, die ‚Blochers Mitte‘ politische Konturen verlieh, indem sie diese nicht nur von den wenigen gewalttätigen Jugendlichen, sondern auch von dialogorientierten Regierungsvertretern, den Soziologie- und Psychologieprofessoren und Linksintellektuellen dissoziierte. Angesichts des antagonistischen Bedrohungskomplexes aus ‚sinnloser‘ Jugendgewalt, politisch-ideologisch motiviertem Terror, einem ‚universitären, lebensfernem Intellektualismus‘ und einer sozialliberalen politischen Klasse erscheint ‚Blochers Mitte‘ als gesellschaftlicher *underdog*, der über den Willen und die Mittel verfügt, die zersetzten Bindungen zu restaurieren.

62 Zur Tradition des konservativen Antiintellektualismus vgl. Lang 2000: 98f.

63 Gisler 1980, zit. in: Hartmann/Horvath 1995: 67.

64 [o.A.] *Die Mitte* 1/1981, zit. in: ebd.: 68.

65 Blocher 1981, zit. in: Hartmann/Horvath 1995: 69.

66 Aus Deklarationen des SVP-Vorstandes und der Delegiertenversammlung, in: [o.A.] *Die Mitte* 3/1981 und [o.A.] *Die Mitte* 27/1981, zit. in ebd.: 69.

Während die gemäßigten politischen Kräfte auf eine Mischung aus Eindämmung und Beschwichtigung setzen, die gewisse Forderungen und Praktiken der Protestierenden zertifiziert und andere dezertifiziert, um die Gewalttätigen zu isolieren und die Forderungen der friedlichen Demonstranten differenzlogisch zu resorbieren, verschiebt der Diskurs der Zürcher SVP den Antagonismus gen Mitte. Seine Gefährdungsthese beginnt zwar ebenfalls bei den ‚Chaoten‘ und ‚Extremisten‘, beschränkt sich jedoch nicht auf eine Äquivalenzierung von Linksextremismus und Gewalt. Die Mutmaßungen über eine heimliche Allianz zwischen ‚Universität‘ und den gewalttätigen Protesten, die Behauptung, die Regierungsvertreter der Zürcher SP würden insgeheim mit den Gewalttätern sympathisieren, sowie die Ursachenanalyse, nach der die antiautoritäre, auf ‚psychologische‘ und ‚soziologische Theorien‘ gestützte Umgestaltung des Bildungs- und Erziehungssystem schuld sei an der gewaltförmigen Desintegration der Gemeinschaft, dehnen die antagonistische Äquivalenzkette auf sozialliberale Positionen aus.

Die Jugendunruhen avancieren zum Zeichen einer allgemeinen Krise, deren Wurzeln tiefer liegen. Sie sind der oberflächliche Ausdruck einer gesellschaftlichen und politischen Entwicklung, in der ein ‚universitäres, schulisches, administratives und politisches Establishment‘ die soziomoralischen Ressourcen der Gemeinschaft zersetzt. Die Zürcher SVP steht damit nicht nur für ein hartes Durchgreifen gegenüber politischen ‚Extremisten‘ und ‚Chaoten‘. Sie nutzt die Jugendunruhen, um die Bildungs-, Forschungs- und Sicherheitspolitik *en général* zur Disposition zu stellen und sich eine Vielzahl unerfüllter Forderungen und marginalisierter ideologischer Elemente einzuverleiben.

Im Kontext der Jugendunruhen aktualisiert der Zürcher Flügel die Vorstellung einer in zwei Teile gespaltenen Gesellschaft, von der sein Repräsentationsanspruch abhängt. Denn nur in einer Situation, in der die Ordnung von einem einheitlichen Außen bedroht ist, dessen Forderungen sich nicht als weitere Differenzen der politischen Gemeinschaft integrieren lassen, kann Blochers neukonservatives Projekt zur gegenhegemonialen Synekdoche avancieren. Nur unter dieser Voraussetzung hat die partikuläre politische Agenda das Potential, sich zu hegemonisieren und die abwesende Fülle der Gemeinschaft zu symbolisieren.⁶⁷

Diesen Repräsentationsanspruch konnte die Zürcher SVP im Kontext der Jugendunruhen allerdings nicht verwirklichen. Man kann ihr zwar attestieren, ihre Oppositionsrolle effektiv genutzt zu haben und die Regierung zu einer konsequenten Durchsetzung der Rechtsordnung gezwungen zu haben. Die Hegemonie der Konkordanz und des gemäßigten Pluralismus der politischen Schweiz blieb jedoch bestehen, weil sich die Strategie der Regierenden mittelfristig als

67 Vgl. Laclau 2007a: 76.

erfolgreich erwies. Einmal mehr gelang es der konkordanzdemokratischen Mischung aus Eindämmung und Beschwichtigung, eine Krise zu beenden. Für die als legitim anerkannten Forderungen zeigte die Regierung Verständnis, verleihte sie als einfache Differenzen der korporatistischen Verhandlungsdemokratie ein und erneuerte etwa durch die Einrichtung kantonaler Jugendkommissionen das konkordanzdemokratische operative Paradigma der Integration qua Kompromiss. Dieser differenzlogisch dominierte sozialliberale Diskurs dekonstruierte nicht nur die gegen eine vermeintlich bürgerlich-reaktionäre Schweiz errichtete Äquivalenzkette, welche die bewegten Jugendlichen zusammenhielt, sondern unterminierte auch die antagonistische Äquivalenz, die der reaktionäre Diskurs der Zürcher SVP zu konstruieren versuchte.⁶⁸

Als wesentlich erfolgreicher und nachhaltiger sollte sich die zweite sicherheitspolitische Offensive der Zürcher-SVP entpuppen. Sie nahm ihren Ausgang auf dem Gebiet der Asylpolitik. Die liberale Tradition in der Schweizer Asylpolitik wurde Anfang der 1980er Jahre zum Politikum, als sich die Zahl der Asylbegehren binnen kurzer Zeit von etwa zweitausend in den 1970er Jahren auf über viertausend im Jahr 1981 und schließlich auf über siebentausend 1982 erhöhte. Um zu verhindern, dass die Asylfrage Gegenstand des Überfremdungsdiskurses würde, führte der Bundesrat die Unterscheidung von „echten“ und „unechten Flüchtlingen“ ein.⁶⁹ Und auch die Zürcher SVP betonte, dass nicht die altbekannten, ‚echten‘ Flüchtlinge, sondern die neuen ‚unechten‘ Wirtschaftsflüchtlinge das Problem seien.⁷⁰ Mit dem Ziel, erstere von letzteren zu unterscheiden, beschlossen Bundesrat und Parlament, die Asylanträge in Zukunft strenger prüfen zu lassen. Doch schien die Revision des Asylgesetzes das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement zu überfordern: 1982 waren bereits achttausend Gesuche noch nicht entschieden, ein Jahr später doppelt und 1984 fast dreimal so viele.⁷¹

Angesichts der Tatsache, dass der Neo-Rassismus der Nationalen Aktion im Kontext der Überfremdungsinitiativen der 1970er Jahre insbesondere im traditionellen Milieu der SVP auf Zustimmung stieß, war die Partei für den drohenden Konflikt zwischen humanitärem Selbstverständnis und völkischem Abwehrdenken hoch sensibilisiert. Fritz Hofmann, der Berner Parteipräsident der SVP Schweiz, warnte in einem Artikel im *Zürcher Boten*, „[u]nechte Flüchtlinge überfluten die Schweiz“ und forderte den Bundesrat zu raschem Handeln auf, da

68 Vgl. Criblez 2008.

69 Vgl. Hartmann/Horvath 1995.

70 Vgl. [o.A.] Der Zürcher Bote 5/1982, zit. in: ebd.: 150.

71 Vgl. Hartmann/Horvath 1995: 150f.

man anderenfalls Gefahr laufe, dass die Flüchtlingsproblematik von einem „nicht bewältigten Überfremdungsproblem“ überlagert werde.⁷² Hofmann übernahm die Flutmetaphorik des Überfremdungsdiskurses. Er versuchte aber die Kontinuität der liberalen Asylpolitik zu wahren: Obwohl Schlepperorganisationen den „Asylfrieden“ gefährdeten, so Hofmanns Argument, müsse man an der „humanen Aufnahmepraxis“ festhalten.⁷³ Die gegenwärtige Fremdenfeindlichkeit in der Schweiz liege darin begründet, dass „wir die Fremdlinge untätig auf den Plätzen und Bahnhöfen herumstehen lassen“, anstatt sie wirtschaftlich zu integrieren.⁷⁴ Ähnliche Argumente waren auch aus den Reihen der Zürcher SVP zu hören. Dass die meisten Flüchtlinge nicht mehr aus den autoritären Ostblockstaaten, sondern aus „anderen Kulturen in fernen Kontinenten“ stammten, konstatierte die Kantonsrätin Christine Ungricht, dürfe nicht als Argument für eine generelle Asylverweigerung herhalten.⁷⁵ Die Bedrohung geht hier nicht von ‚unechten, teuren, nicht-integrierbaren und kriminellen Asylanten‘ aus. Bedroht ist der *locus amoenus* allenfalls von ‚Schlepperbanden‘ und insbesondere von einer des-integrativen Asylpolitik, wohingegen die Asylbewerber selbst als eine Differenz unter vielen integriert werden könnten.

Anders stellte sich die Situation für die Chefideologen der Zürcher SVP dar. Hans Fehr konstatierte, dass die SVP nur durch ein „Umdenken“ in der Frage weitere Verluste vermeiden und den Einfluss „extreme[r] Gruppierungen“ eindämmen könne.⁷⁶ Wie dieses „Umdenken“ von statten ging, zeigte Blocher in Zusammenhang mit dem Kirchenasyl von Zürich-Seebach⁷⁷. Blocher knüpfte dabei zunächst an den Überfremdungsdiskurs Schwarzenbachs an. Das „Problem der Asylanten“ laste schwer auf dem Volk, stellte er fest. Anstatt die Belastung näher zu erläutern, fährt er mit einer Generalisierung fort: „Ein Land von der Kleinheit der Schweiz, umgeben von grossen, bedeutenden Staaten“, habe naturgemäß Angst vor der „Überfremdung“. Der „urtümliche Trieb zur Behauptung

72 Hofmann 1982, zit. in: ebd.: 151.

73 Hofmann 1984, zit. in: ebd.: 177.

74 Hofmann 1985, zit. in: ebd.: 152.

75 Des Weiteren hob Ungricht hervor, dass die Flüchtlingsproblematik nicht durch repressive Maßnahmen, wie sie der Bundesrat vorantrieb, sondern nur durch ein stärkeres Engagement in der Entwicklungspolitik gelöst werden könne (vgl. Ungricht 1984, zit. in: ebd.: 152f.).

76 Fehr 1986, zit. in: ebd.: 153.

77 Der Pfarrer der Gemeinde Zürich-Seebach Peter Wals gewährte chilenischen Flüchtlingen, denen die Schweizer Behörden das Bleiberecht verweigert hatten, Kirchenasyl (vgl. ebd.: 152).

von Arbeitsplatz und Einkommen“ Sorge dafür, dass bei den „Hiesigen“ in Zeiten gesellschaftlicher Unsicherheit Fremdenhass entstünde. Folglich könne nur eine rigide Asylpraxis verhindern, dass sich die „primitiven Seiten der menschlichen Natur: Unanständigkeit, Rücksichtslosigkeit und Brutalität“ entfalteten. Es sei daher die Aufgabe des Staates, nicht nur den ‚echten‘, politischen Flüchtlingen einen Zufluchtsort zu gewähren, sondern auch den „unkontrollierte[n] Zustrom“ von Wirtschaftsflüchtlingen abzuwehren. Dazu seien die Amtsträger aus Furcht vor unpopulären Maßnahmen indes nicht in der Lage. Auch wenn die „üble Gesinnung des Fremdenhasses“ die Asylpolitik nicht bestimmen dürfe, seien „die wilden Aktionen der Humanität“ ebenso falsch. Schließlich tragen nicht die „kirchlichen Propagandisten der Humanität“, sondern „der Arbeiter in Aussersihl, der sich in seiner Umgebung und Existenz bedroht fühlt“, die Kosten der Mitmenschlichkeit.⁷⁸

Abgesehen von der Kritik an der Regierung scheint sich Blochers Position zunächst nur geringfügig von derjenigen des bürgerlichen Lagers zu unterscheiden. Er wiederholt die Differenzierung von unproblematischen ‚echten‘ und problematischen ‚unechten‘ Flüchtlingen und pflichtet damit dem bürgerlichen Konsens in der Asylpolitik bei. Mit Hofmann teilt Blocher die Befürchtung, die rechtsextreme Nationale Aktion könne von den Missständen, die eine nicht mehr zeitgemäße Asylpolitik verursacht habe, profitieren. Indem Blocher jedoch ein gewisses Maß an Fremdenfeindlichkeit als unvermeidlichen Bestandteil der menschlichen Natur konstruiert, die Überfremdungsproblematik in der Schweiz auf die geostrategische Lage des Kleinstaates zurückführt und damit zentrale Elemente des Überfremdungsdiskurses reartikuliert, bietet er den ehemaligen Anhänger Schwarzenbachs eine neue politische Identifikationsfläche. Ihr Unbehagen mit der liberalen Einwanderungs- und Asylpolitik, das von den etablierten politischen Eliten zumeist als Ausdruck irrationaler Ressentiments diffamiert wurde, wird von Blocher als gleichsam natürliche Sorge und legitime politische Forderung rehabilitiert. Wenn es gute Gründe für neo-rassistische Ressentiments gibt und diese Ressentiments schnell in Hass und Brutalität kippen, kann Blocher auf Grundlage dieser Setzung für eine harte Asylpraxis plädieren, um zu verhindern, dass sich ein „ausgewachsener Fremdenhass“ entwickelt. Umgekehrt ebneten diejenigen, die das ‚Asylproblem‘ aus ‚humanitären‘ oder ‚moralischen‘ Gründen tabuisierten, den Rassisten der Nationalen Aktion in Wirklichkeit den Weg. Die „Vergötterung“ der Asylsuchenden führe „rascher und intensiver zum

78 Die Zitate des Abschnitts entstammen Blocher 1985, zit. in: ebd.: 153ff.

Fremdenhass als ihre Beschimpfung“, brachte Blocher seinen Argumentationsgang auf den Punkt.⁷⁹

Die *Sinnverkehrungsthese*⁸⁰, mit der Blocher hier operiert, konstruiert einen doppelten Antagonismus: Im Rahmen der Asylfrage gibt Blocher vor, in erster Linie den kruden Rassismus der Nationalen Aktion zu bekämpfen: Es gelte zu verhindern, dass das Thema von Politikern hegemonisiert werde, die „den eisernen Besen auf ihrer Fahne tragen“⁸¹. Zugleich polemisiert er gegen die „pharisäerhaften Menschenfreunde“⁸², die „das Asylproblem“ zu verharmlosen suchen. Sie würden das Phänomen des Fremdenhasses, den sie zu bekämpfen vorgeben, in Wirklichkeit forcieren. Blochers Polemik gegen die sozialliberalen Kräfte kulminiert schließlich in der These, dass sie die Gewinne ihres Handelns in Form von politischer Macht und kulturellem Kapital gewissermaßen privatisierten, die Kosten dagegen der Allgemeinheit und insbesondere dem „kleinen Mann“ aufbürdeten.

Blochers Asyldiskurs mündet im Glauben, dass die rigide Asylpraxis, für die sich die Zürcher SVP ausspricht, und die humanitäre Tradition der Schweiz nicht im Widerspruch stünden, sondern sie in Wahrheit vor ihren Feinden schützten. Dadurch dass die politische Ordnung nicht nur durch die extremistische Nationalen Aktion, sondern zumindest indirekt auch durch die Befürworter einer linksliberalen Asylpolitik bedroht ist, stilisiert sich die Zürcher SVP als staatstragende Kraft der bürgerlichen Mitte. Der durch die Sinnverkehrungsthese instituierte doppelte Antagonismus ermöglicht der Zürcher SVP, den ideologischen Graben gegenüber dem Linksliberalismus zu vertiefen, die rassistischen Elemente des Überfremdungsdiskurses von Schwarzenbach zu reartikulieren und sich gleichzeitig des Vorwurfes zu erwehren, das schweizerische Humanitätsgebot zu verletzen und mit rechtsextremistischen Positionen auf Wählerfang zu sein.⁸³

Zur gleichen Zeit entwickelte die Zürcher SVP eine rigide Position in der Drogenpolitik. Die Drogensucht sei „ein Grundübel unserer Zeit“ und könne nur wirkungsvoll bekämpft werden, indem man „Angebot und Nachfrage gleichermaßen konsequent“ sanktioniere, lancierte der Staatsanwalt und spätere Präsi-

79 Blocher 1987, zit. in: ebd.: 154.

80 Zur Sinnverkehrungsthese als Kernstück konservativen Denkens vgl. Hirschmann 1992.

81 Blocher 1987, zit. in: Hartmann/Horvath 1995: 155.

82 Ebd.

83 Der Sinnverkehrungstopos ist eines der zentralen Deutungsmuster des Asyl- und Migrationsdiskurses der SVP. Vgl. die Feinanalyse der Albigüetlirede von 1993 im folgenden Kapitel.

dent der SVP-Sektion Pfäffikon Christian Huber die Offensive gegen die liberale Drogenpolitik, in der Blocher eine „konsequente Fortsetzung verwahrlosten Denkens“ erkannte. Sie gründe auf der „falschen Lebensauffassung“, deren Absicht es sei, „den Menschen ein Leben ohne Lasten, ohne Verzicht und Hindernisse zu ermöglichen“. Nicht „Schmerzfreiheit“, sondern „Suchtfreiheit, Schutz der Gesunden und Schutz der Bürger vor Drogendelikten“, müsse das politische Ziel sein.⁸⁴

Der Konsum von Drogen wird hier, ähnlich dem Wirtschaftshass, als Folgeerscheinung des sozialliberalen Zeitgeistes konstruiert. Als in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die ersten staatlich finanzierten Fixerstuben in Schweizer Großstädten eingerichtet wurden, um der Drogenkriminalität entgegenzuwirken, die Konsummengen zu regulieren und die Abhängigen vor Infektionen zu schützen, avancierte die staatliche Drogenpolitik zum Knotenpunkt eines sozialliberalen und etatistischen Anderen, das den Menschen in Abhängigkeit halte, anstatt ihm die Härten des Lebens zuzumuten und sich um die Interessen der „Verwahrlosten“⁸⁵, nicht aber um die Belange der ‚eigenverantwortlichen‘ Bürger/innen kümmere.

Im Vorfeld der Kantonalratswahlen von 1987 wurden die Politikfelder Kriminalität, Drogen und Asyl schließlich erstmals gemeinsam artikuliert. Anlässlich eines Wahlparteitages zum Thema *Mehr Sicherheit für alle* forderten die Hauptredner die Durchsetzung des Betäubungsmittelgesetzes, stärkere Grenzkontrollen und die Ausschaffung krimineller Ausländer. Blocher bilanzierte, dass es auch unter den Asylanten Drogenhändler und Kriminelle gebe, weswegen die Asylpolitik ein wichtiger Aspekt der Sicherheitspolitik sei.⁸⁶ In den folgenden Jahren verknüpfte die Zürcher SVP die Drogenprohibition, die Verschärfung des Asylrechts und rigider Kriminalitätsbekämpfung zu einer Sicherheitsideologie, die fortan als ideologische Klammer ihres populistisch-oppositionellen Sammlungsprojektes diente.⁸⁷ Denn durch die gemeinsame Artikulation der drei Politikfelder gelang es, nicht nur kulturellrassistische Ressentiments zu rationalisieren und zu legitimieren, sondern ein antagonistisches Kollektiv aus sozialliberalen Amtsträgern, linken Deutungseliten, neuen Jugend- und Subkulturen, Immigranten und gewöhnlichen Delinquenten zu konstruieren,

84 Die Zitate des Abschnitts entstammen Huber 1987, zit. in: Hartmann/Horvath 1995: 155.

85 Ebd.

86 [o.A.] Der Zürcher Bote 4/1987, zit. in: Hartmann/Horvath 1995: 155f.

87 Vgl. Hartmann/Horvath 1995: 157.

die verantwortlich für die Desintegrationserfahrungen vieler Menschen gemacht werden konnten.

Hierbei deuten bereits die ersten Tentativen in der Sicherheitspolitik darauf hin, dass der neukonservative Diskurs die Figur des ‚kriminellen Ausländers‘ als Knotenpunkt des antagonistischen Außen fungieren lässt. In ihm verschmelzen fünf Stränge des politischen Diskurses der SVP: (1) Aufgrund seiner ethnischen Fremd- und Andersartigkeit konterkariert er das Ideal einer nativen Gemeinschaft; (2) als ‚unechter Flüchtling‘ belastet er den Staatshaushalt, die Steuerzahlenden und den Wirtschaftsstandort Schweiz; (3) als Drogendealer vergiftet er die Jugend und gefährdet die Zukunft der Gemeinschaft; (4) als Delinquent bedroht er Sicherheit und Eigentum der Bürger/innen; (5) dabei kann er bei all diesen Aktivitäten auf das milde Urteil der linken Meinungsmacher und die schützende Hand der sozialliberalen Amtsträger rechnen. Die antagonistische Äquivalenzkette (aus Überfremdung, Steuererhöhungen, Drogenkonsum, Unsicherheit und Linksliberalismus), die der Zürcher Flügel um dieses Anti-Subjekt konstruiert, lässt sich nicht auf einen spiegelbildlichen Ausdruck der Aggregation unerfüllter Forderungen reduzieren. Vielmehr imaginiert die Artikulationsleistung eine binäre Spaltung der Gesellschaft. Sie sorgt dafür, dass die unerfüllten Forderungen in einem popularen Diskurs fusionieren und eine antisystemische Identität annehmen.

Die Zentralität der Asylpolitik im Diskurs der Zürcher SVP liegt folglich nicht ausschließlich darin begründet, dass es sich um ein brisantes und tabuisiertes Thema mit hohem Mobilisierungspotential handelt. Die Asyl- und Migrationspolitik avancierte deswegen zu einem privilegierten Politikfeld der SVP, weil es der Konstruktion einer Freund-Feind-Unterscheidung dient, die das Politikfeld ‚Einwanderung‘ transzendiert.⁸⁸ Nach dem Vorbild der nationalkonservativen „Restabilisierung der bürgerlichen Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg“⁸⁹ identifiziert sie den sozialliberalen Feind im Innern des Staates mit der Bedrohung durch das Fremde. Durch die Figur des kriminellen Ausländers werden die Bedrohung von außen und jene von innen miteinander verwoben. Der „Kampf gegen die Linke“ erscheint so als tiefer „Ausdruck schweizerischer Lebensart“.⁹⁰ Ein nationalkonservativer und ein neoliberaler Diskursstrang fusionieren zur Quintessenz des Schweizerischen.

88 Für eine ausführliche Analyse des Einwanderungsdiskurses der SVP ab dem Jahr 2003 vgl. Geden 2006: insb. 96ff.

89 Ernst/Wigger 1993.

90 Ebd.: 167.